



## Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 10. Dezember 2002 Nr. 2712

Interpellation

**Interpellation Thomas Meyer: Naturgefahrenabklärung der Stadt St.Gallen; schriftlich**

Th. Meyer und 37 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner reichten am 17. September 2002 eine Interpellation mit dem Titel „Naturgefahrenabklärung der Stadt St.Gallen“ ein (vgl. Beilage). Der Stadtrat beantwortet die Interpellation schriftlich wie folgt:

Häufigkeit und Ausmass von Naturgefahren, die für unsere Bevölkerung schädlich sind, nehmen weltweit zu. Mitverantwortlich dafür ist die Ausdehnung der menschlichen Aktivitäten in die Gefahrengebiete. Die Naturgefahren, gemeint sind sogenannte gravitative Naturgefahren wie Hochwasser, Lawinen, Rutschungen und Sturzprozesse, müssen daher künftig besser beachtet werden. In der Schweiz bilden die Bundesgesetze über den Wald und über den Wasserbau die rechtlichen Grundlagen. Aufgrund des Bundesrechtes ergibt sich eine Verpflichtung der Kantone zur Erhebung von entsprechenden Grundlagen wie Gefahrenkarten und Gefahrenkataster für den Schutz vor Naturereignissen. Diese Grundlagen sind bei allen raumwirksamen Tätigkeiten zu berücksichtigen, insbesondere in der Richt- und Nutzungsplanung.

Die Erstellung der Gefahrenkarten und Gefahrenkataster ist anspruchsvoll. Sie hat durch spezialisierte Fachleute nach einheitlichen Massstäben und Kriterien zu erfolgen. Der Kanton St.Gallen hat mit zwei Regierungsbeschlüssen das Vorgehen für das Kantonsgebiet festgelegt. Demnach wird für die Erarbeitung der nötigen Grundlagen eine Naturgefahren-Kommission eingesetzt. Sie ist verantwortlich für die Bereitstellung der Grundlagen, bietet fachliche Unterstützung beim Vollzug und wirkt bei der Umsetzung in der Raumplanung mit. Ein Lenkungsausschuss beaufsichtigt die Projekte, veranlasst die Umsetzung der Ergebnisse auf das ganze Kantonsgebiet und übernimmt die Information der Öffentlichkeit und der politischen Gemeinden.

Die Kosten für die Erstellung der Grundlagen Naturgefahren werden im Kanton St.Gallen durch den Staat übernommen, so weit nicht Bundesbeiträge erhältlich sind. Gefahrengebiete orientieren sich nicht an Gemeindegrenzen, und nicht alle Gemeinden sind in



vergleichbarer Weise von Naturgefahren betroffen. Deshalb fehlen sachliche Kriterien für eine angemessene Kostenbeteiligung der Gemeinden. Dafür wird es ausschliesslich Sache der Gemeinden sein, für die nötige Umsetzung in der Raumplanung zu sorgen, wie etwa das Überprüfen und Anpassen der Ortsplanung, sowie die damit verbundenen Kosten zu übernehmen.

Für einen Teil des Linthgebietes liess der Kanton ein Pilotprojekt Naturgefahren durchführen. Innerhalb des Projektperimeters wurden die zweckmässigen Grundlagen, nämlich ein Ereigniskataster (Gefahrenkataster über die beobachteten Ereignisse), Gefahrenkarten (Gefährdung mit raumplanerischer Bedeutung), eine Gefahrenhinweiskarte (Naturgefahren ausserhalb Baugebiet) und Risikoanalysen nach einheitlicher Methodik erhoben beziehungsweise dargestellt. Mit dem Ergebnis und den Erfahrungen des Pilotprojektes sind die Voraussetzungen für die Umsetzung des Projektes Naturgefahren auf das ganze Kantonsgebiet geschaffen worden. Es ist nun vorgesehen, die Arbeiten innert neun Jahren, gegliedert nach den grossen Flusstälern des Kantons, vorzunehmen. Für die erste Etappe mit den von der Gefahrensituation her zu priorisierenden Gebieten Linthgebiet, Rheintal und Werdenberg, sind die Arbeiten im Gange. Das Teilgebiet 9, in dem die Stadt St.Gallen liegt, wird entsprechend der Prioritätenliste des Kantons zuletzt behandelt, ein Bearbeitungsbeginn ist also in etwa fünf bis sechs Jahren zu erwarten.

In diesem Sommer sind auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen erhebliche Unwetterschäden entstanden und es haben sich mehrere Hangrutsche gebildet. Wenn sich in einer Gemeinde die Naturgefahrensituation unerwartet rasch verschärft, kann die Naturgefahrenkommission auf Wunsch der Gemeinde eine sogenannte „vorgezogene Naturgefahrenabklärung“ veranlassen. Für derartige, vom beschlossenen Vorgehensplan abweichende Abklärungen, ist eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde von 50 % der Kosten vorgesehen.

Die in der Interpellation gestellten Fragen werden wie folgt beantwortet:

1. Aufgrund der geltenden Gesetzgebung muss auch für das Gebiet der Stadt St.Gallen eine „Naturgefahrenabklärung“ durchgeführt, d.h. Gefahrenkarten und ein Gefahrenkataster erarbeitet werden.
2. Das Projekt Naturgefahren für das Teilgebiet mit der Stadt St.Gallen wird vom Kanton geleitet. Gemäss dem vorgesehenen Bearbeitungsfahrplan kann mit einem Beginn der Projektarbeiten in frühestens etwa fünf Jahren gerechnet werden. Die grösseren Ereignisse dieses Sommers und diejenigen früherer Jahre sind erfasst worden und den zuständigen Stellen des Kantons bekannt. Ein Bedarf für eine vorgezogene Naturgefahrenabklärung, d.h. eine Beschleunigung der Projektarbeiten für das Stadtgebiet, besteht nicht.



3. Die 1. Etappe für das Projekt Naturgefahren wird im Kanton St.Gallen vom Bund und Kanton finanziert, wobei die Gebäudeversicherungsanstalt aus Interessensgründen einen Beitrag von 15 % am Anteil des Kantons leistet. Eine Beteiligung der Gemeinden ist nicht erforderlich und auch für die nächsten Etappen nicht vorgesehen.
4. In der Stadt St.Gallen haben sich, besonders bei den Unwettern vom 16. Juli 2002 und in der Nacht vom 31. August auf den 1. September 2002, grosse Schäden ereignet. Betroffen war jeweils ein räumlich begrenztes Gebiet, trotzdem waren die Schäden zum Teil erheblich. Beim ersten ausserordentlich starken Gewitterregen traten vor allem im Osten der Stadt (Remishueb / Riedererholz / Schuppis / Achslen / Vogelherd / Schaugentobel) die Bäche über die Ufer und in der Folge entstanden mehrere Erdrutsche. Entsprechende Sofortmassnahmen und Wiederinstandstellungen sind inzwischen ausgeführt bzw. noch im Gange. Beim zweiten mehrstündigen Unwetter, welches das ganze Einzugsgebiet der Goldach umfasste und zu den gravierenden Schäden im Appenzeller Vorderland und Goldachtobel bis zum Bodensee führte, war auf Stadtgebiet das Einzugsgebiet der Steinach, vor allem der Raum St. Georgen / Bach / Wenigerweiher mitbetroffen. Auch in diesem Fall sind enorme Schäden entstanden, weil die Steinach in nie vorher erlebtem Ausmass über die Ufer trat. Beide Ereignisfälle erfordern eine Nachprüfung der Sicherheitsverhältnisse und können entsprechende bauliche Sanierungsmassnahmen nach sich ziehen. Diese Arbeiten sind im Gange unter Leitung des städtischen Tiefbauamtes. Im Hinblick auf das Projekt Naturgefahren werden diese Ereignisse von der zuständigen Stelle des Kantons registriert und im Ereigniskataster erfasst.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation

